

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/205

Bonn, den 28. Oktober 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Medaillen...</u> Dem Sieger oder der Nation? Von Fritz Sänger, MdB	43
2	<u>Alte Phraseologie</u> Zur ersten Bundeskonferenz der DKP (Deutsche Kommunistische Partei)	48
3	<u>Völlig unzureichend</u> Lemkes Vorstellungen über eine Verwaltungsreform	47
4	<u>Mehr Gastarbeiter aus Spanien</u> Bundeskanzler Kiesinger hat seinen Madridbesuch gut vorbereitet Von unserem HB-1-Korrespondenten in Madrid	42
5 - 6	<u>Bagar Faure im Kommen</u> Spekulationen über den Nachfolger von de Gaulle Von Georg Scheuer, Paris	83

* * *

Medaillen...

Dem Sieger oder der Nation?

Von Fritz Sänger, MdB

Der Segen ist nun herniedergegangen und ist erst in vier Jahren wieder zu erwarten, wenn die Olympiade vorbei ist und die 20. Olympischen Spiele beginnen (um es genau zu nehmen, wenn wir uns schon an die Griechen des Altertums halten). Aber es wird auch dann nicht wahr werden, was jetzt niemals wahr geworden ist: Die Medaillen hat nicht Großbritannien, nicht Kenia und nicht Äthiopien gewonnen, sondern die errangen die Sieger, Männer und Frauen, die aus einem Lande irgendwo auf der Erdkugel nach Mexiko gereist waren und dort um den Lorbeer gekämpft hatten. Sie ganz persönlich hatten daheim trainiert, hatten sich angestrengt, waren Erster oder Zweiter oder Dritter geworden oder hatten einen guten Platz in der langen Reihe der Mitkämpfer erreicht.

Nur Berichterstatter wollten es vielfach anders, und auch daheim - nicht nur in unserem Lande - war man erpicht: Deutschland hat gewonnen! Oder auch verloren. Sie fieberten mit "ihren" Mannschaften und wurden oft parteilich.

Ob wir das nicht doch einmal ändern können? Die Spiele der Jugend sind nationalisiert und politisiert worden. Das ist nicht die Schuld der Jugend, nicht zuerst die der Berichterstatter, sondern die Verantwortung der Regierungen. Als ob sie die finanziellen Hilfen, die sie für die Erztuchtigung der Jugend ihres Landes bereitstellen - in aller Regel viel zu wenig - sich auch noch entgelten lassen wollen, indem sie sich eine Medaille um den Hals hängen, die den Siegern gebührt, denen ganz allein.

Nein, es ist nicht die Frage, was es die Nation angeht, wenn ihre Jugend vielfach zu den Besten zählt. Das geht sie viel an! Aber dieses gute Geschehen zu den politischen Imponderabilien einzureihen, mit denen auf einem ganz anderen, weit weniger friedvollen Gelände operiert wird - das ist einfach unfair. Die Nation soll glücklich sein, wenn ihre Jugend das Ideal des Wettstreites im friedlichen Kampf kennt und pflegt und soll ihr helfen, die Körper zu stärken und die Geister nicht weniger. Aber die Nation ist wenig identisch mit den sportlichen Kämpfern; aber überhaupt nicht mit der Organisation, den Symbolen und den schönen oder weniger erfreulichen Bräuchen derer, die diese Spiele betreiben und betreuen.

Die jungen Menschen sollten sich diese Beschlagnahme ihrer persönlichen Leistung für politische Zwecke und Absichten verbitten. Hier sollten sie entschieden demonstrieren und abwehren. Die älteren aber, vor allem die aus der politischen Kampfarene, sollten das Werkzeug ihrer Argumentationen nicht ausgerechnet dort holen, wo Menschen aller Hautfarben, aller Sprachen und aller Glaubensrichtungen sich immer wieder freudig verbinden, in dem allein friedlichen, nur dem Gesetz der Fairness gehorchenden Ringen um die beste sportliche Leistung. Die Regierungen haben andere Felder, auf denen sie ackern können und sollten.

Alte Phraseologie

Zur ersten Bundeskonferenz der DKP (Deutsche Kommunistische Partei)

sp - Nichts Neues hatte die erste Bundeskonferenz der Deutschen Kommunistischen Partei in Offenbach seit der vor einigen Wochen erfolgten Neukonstituierung zu bieten. Die 500 Delegierten bekamen von den Hauptrednern schal gewordene Phraseologie zu hören, nur mit dem Unterschied, daß die Initiatoren dieser Konferenz mit Sorgfalt darauf achteten, nicht gegen die Buchstaben des Grundgesetzes zu verstoßen. Die DKP bietet sich - an Unverfrorenheit fehlt es ihr nicht - als Retter der demokratischen Ordnung der Bundesrepublik an, fühlt sich mit der kommunistischen SED "auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse" verbunden, und erstrebt für die nächste Bundestagswahl ein Wahlabkommen mit dem Initiativ-Ausschuß "Demokratisches Aktionsbündnis", der am 2. November in Dortmund zu einem Gründungskongreß zusammentreten will. Grußtelegramme und Glückwünsche von anderen kommunistischen Parteien blieben in Offenbach aus; auch der alte KPD-Chef Reimann war nicht erschienen, obwohl der Haftbefehl gegen ihn aufgehoben ist.

Es fällt auf, daß auf dieser Offenbacher Tagung westdeutscher Kommunisten kein Wort darüber fiel, wie man die Lage im gespaltenen Deutschland für die Menschen beider Teile Deutschlands erleichtern könnte. Bonner Angebote liegen auf dem Tisch. Offenkundig haben die deutschen Kommunisten darüber keine eigenen Vorstellungen, sie befolgen das Rezept der SED, das die Vertiefung der Spaltung unseres Volkes und einen Verleumdungsfeldzug ohne Grenzen gegen die Bundesrepublik beinhaltet. Dafür befürwortet die DKP den Einmarsch von Truppen einiger Staaten des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei, sie sah und sieht in der Vergewaltigung dieses Landes keinen Bruch des Völkerrechts. Mit dieser Standortbestimmung befindet sich die DKP, was die Haltung zu den die Welt aufrüttelnden Ereignissen in der Tschechoslowakei anbelangt, auf dem Boden der neonazistischen NPD, die sich nach dem 21. August recht aufdringlich als Kettenhund für den russischen Imperialismus empfahl. Welch unheilige, aber in der Geschichte des deutschen Kommunismus nicht neue Wahlverwandtschaft... Gemeinsam mit den braunen Verderbern Deutschlands halfen die deutschen Kommunisten mit, die Weimarer Demokratie zu zerstören.

Die deutsche Demokratie und vor allem die Sozialdemokratie, immer noch von den Kommunisten als Hauptfeind angeprangert, brauchen die offensive Auseinandersetzung mit der DKP nicht zu scheuen. Es ist gut, daß die Kommunisten in der Bundesrepublik aus dem Untergrund, in dem sie nach dem politisch unklug und unstrittenen Verbot der KPD getrieben wurden, nun wieder an der politischen Oberfläche agieren können und sich dem Volk stellen. Ihre innere Schwäche machte schon die Offenbacher Tagung sichtbar. Für diese Art von Kommunismus, wie ihn die deutschen Kommunisten repräsentieren, findet sich kein erfolgversprechender Boden. Sie dürften eine Sekte bleiben, die ihr Wirken nicht von den Gegebenheiten und Bedürfnissen der Bundesrepublik ableitet, sondern ihre Leitbilder aus fremden Quellen bezieht.

Völlig unzureichend

Lenkes Vorstellungen über eine Verwaltungsreform

sp - Das schleswig-holsteinische Koalitionskabinett aus CDU und FDP unter Ministerpräsident Dr. Helmut Lenke (CDU) ist durch den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Kurt Schulz, aufgefordert worden, sich zur gemeinsamen Durchführung einer großen Verwaltungsreform im nördlichen Bundesland bereitzufinden. Begründung: Die jetzt dargelegten Vorstellungen der Landesregierung seien völlig unzureichend. Sie haben eine Unsumme von örtlichen Schwierigkeiten und politischem Ärger im Gefolge. Die Vorstellungen der Landesregierung über eine Verwaltungsreform stellten lediglich eine Quersumme der politischen Möglichkeiten innerhalb der CDU des Landes dar.

Der Kieler Innenminister Dr. Hartwig Schlegelberger beauftragte eine Gutachterkommission unter dem Staatssekretär a.D. Dr. Loschelder, die einen Vorschlag zur Lokalen und regionalen Verwaltungsneuordnung in Schleswig-Holstein vorlegte. Das nördliche Bundesland ist gegenwärtig in 17 Landkreise und die vier kreisfreien Städte Kiel, Lübeck, Neumünster und Flensburg eingeteilt. Die Loschelder-Kommission wünschte eine Reduzierung auf zwölf Kreise unter Beibehaltung der vier Städte. Als der Innenminister im Landtag dazu den Standpunkt der Regierung darlegte, wünschte er 13 Kreise. Die Kreise Eutin und Oldenburg sollten nach seiner Auffassung nicht zusammengelegt werden. Kurt Schulz merkte dazu an, hier sei man offenbar vor dem auf einem Erntedankfest ausgesprochenen Wunsch des Kieler Ministerpräsidenten Dr. Lenke zurückgewichen, der seinen lokalen CDU-Politikern die Beibehaltung beider Kreise versichert hatte.

Dem haben nun die Sozialdemokraten ihre Vorstellung entgegengesetzt. Sie wünschen eine große Reform der Verwaltung. Es geht ihnen um eine klare Dreigliedrigkeit des Verwaltungssystems. Einmal sollten funktionsfähige Gemeinden bei gleichzeitiger Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung geschaffen werden, so wie es der Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes vorschreibt. Ferner sollten nach Wirtschaftsregionen geordnete Kreise entstehen, wobei speziell die Probleme der vier kreisfreien Städte mit ihrem Umland zu beachten sind. Schließlich ist die Landesverwaltung an sich zu reformieren.

In Rheinland-Pfalz sind die Hauptentscheidungen für eine Verwaltungsreform gefallen, in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wird daran gearbeitet. In allen drei Bundesländern werden großzügigere und modernere Lösungen angestrebt, als in Schleswig-Holstein es von der CDU beabsichtigt ist. Dort wird auch die jeweilige Opposition herangezogen, um zu Lösungen zu kommen, die allgemein befriedigen und sich nicht an den Gesichtspunkten einiger Lokalpolitiker orientieren.

Das Kabinett Dr. Lenke sollte das Angebot der SPD ernst nehmen. Er sollte sich bereit erklären, eine große Reform unter den von Schulz genannten Gesichtspunkten in Schleswig-Holstein einzuleiten. Die Kommentatoren einiger schleswig-holsteinischen Zeitungen haben bereits den Aufstand kleiner von der CDU beherrschten Zonen des Landes gegen die von Dr. Schlegelberger vorgetragenen Gesichtspunkte mit dem Hinweis kommentiert, es könne ihn seine Ministerposition kosten.

Mehr Gastarbeiter aus Spanien

Bundeskanzler Kiesinger hat seinen Madridbesuch gut vorbereitet

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Als Bundeskanzler Kiesinger seine Goodwill-Tour durch Spanien und Portugal vorbereitete, vergaß er nicht, den Spaniern ein Gastgeschenk mitzubringen. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Josef Stingl, hatte vor der Kanzler-Visite in Madrid verhandelt und gleich 9 500 spanische Gastarbeiter als Sofortbedarf angemeldet, vor allem für die deutsche Bau-, Elektro- und Metallindustrie. Für 1969 stellte er gar ein zusätzliches spanisches Gastarbeiter-Kontingent von 60 000 Kräften in Aussicht, was in Madrid mit besonderer Genugtuung vermerkt wurde.

Die deutschen Arbeitgeber - so Stingl in Madrid - sind mit ihren spanischen Arbeitern sehr zufrieden; unter ihnen gebe es so gut wie keine Kriminalität, sie bemühten sich, an ihrem Arbeitsplatz wirklich Gutes zu leisten und seien wegen ihrer Willigkeit sehr geschätzt.

Gastgeschenke dieser Art sind in Spanien hochwillkommen, dienen sie doch dazu, den spanischen Wirtschaftsaufbau nachhaltig zu fördern. Sie verringern in der Heimat die Arbeitslosenquote, lernen in der Fremde für ihre berufliche Zukunft und benütigen für ihre Kinder keine Schulplätze in der Heimat - und der Devisensegen, der sich aus den Überweisungen dieser Gastarbeiter über Spanien ergießt, ist wegen seiner Höhe in der Größenordnung von 700 Millionen DM im Jahr keineswegs zu verachten.

Die Frage bleibt nur, ob Spanien bereit ist, auch gewisse familienrechtliche Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die das Zusammenleben von Spaniern und Deutschen in der Bundesrepublik komplizieren. Darüber wird es zwischen Bonn und Madrid Verhandlungen geben müssen, ehe sich die neue Lawine spanischer Gastarbeiter über die Bundesrepublik ergießt und die Zahl der spanischen Arbeiter wieder wie in den Jahren der Hochkonjunktur 250 000 erreichen wird. Es liegt an Madrid, die Gäste der Bundesrepublik durch Entgegenkommen in anderen Fragen der Gastarbeiter-Betreuung zu erwidern.

Auch als Kunden- und Investitionsland ist Spanien für die Bundesrepublik wichtig. Wie die deutsch-spanische "Banca Comercial Transatlántico" in ihrem jüngsten Bericht feststellt, gingen die spanischen Einfuhren aus der Bundesrepublik leicht zurück. Deutsche Unternehmen liefern technische Einrichtungen für Stahlwerke, Kokereien und chemische Fabriken, im letzten Jahr stiegen die genehmigungspflichtigen deutschen Kapitalinvestitionen in Spanien auf 117 Millionen Dollar. Erhöhen sich diese Investitionen - was der Fall ist, wenn in Spanien bürokratische Hemmnisse beseitigt werden -, dann wird Spanien auf längere Sicht weniger Arbeitskräfte in die Bundesrepublik abgeben können als heute.

Edgar Faure im Kommen

Spekulationen über den Nachfolger von de Gaulle

Von Georg Scheuer, Paris

Frankreichs Innenpolitik ist vom Problem der Nachfolge beherrscht. De Gaulles drei Premierminister galten bis jetzt als mögliche Kandidaten für den Präsidentenstuhl im Rahmen des Regimes: Michel Debré (1958-62), Georges Pompidou (1962-68) und Maurice Couve de Murville.

Rivalen

Der erste ist Altgaullist, begeisterter Nationalist und Urheber der neuen Staatsverfassung. Er wurde 1962 verabschiedet, weil er zu lange an Französisch-Algerien glaubte. Jetzt ist er Außenminister.

Der zweite ist Spätgaullist, ursprünglich Mittelschulprofessor und dann Direktor der Rothschildbank, ehe er in de Gaulles Kabinett berufen wurde. Er mußte 1968 gehen, weil er mit der Studentenrevolution nicht fertig wurde. Derzeit fungiert er als Chef der gaullistischen Parlamentsfraktion.

Nach ihren Entlassungen hieß es von Debré 1962 und von Pompidou 1968, sie seien für höhere Aufgaben "in Reserve". Das klang verheißungsvoll und trost spendend.

De Gaulles dritter Premier war zehn Jahre lang Außenminister. Couve de Murville ist vor allem ein hoher Staatsbeamter mit aristokratischem Schliff und trockenem Witz. Es ist möglich, daß er mit seiner neuen Aufgabe wächst, wie auch Debré und Pompidou in ihren Ämtern wuchsen.

Brücke zur Linken

Innen allen erwächst im neuen Unterrichtsminister Edgar Faure ein gefährlicher Rivale. Der frühere "radikale" (bürgerlich-freisinnige) Ministerpräsident der Vierten Republik ist ein Mann von außergewöhnlicher, umfassender Intelligenz. Er ist seinen "radikalen" und republikanischen Ideen treu geblieben und hat sich zugleich dem neuen Regime für "besondere Aufgaben" zur Verfügung gestellt.

Während Pompidou ein Bindeglied zu den Rechtsunabhängigen bildet, ist Edgar Faure eine Brücke zur französischen Linken. Marksteine seiner Karriere: Er vermittelte im Auftrag des Staatspräsidenten - hinter dem Rücken der konservativ-gaullistischen Parteigänger - in wichtigen internationalen Problemen und erreichte dabei entscheidende Schritte in der Entkolonisierung Nordafrikas und in der Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Peking. Dann wurde er auch mit der französischen Agrarreform betraut.

Und nun ist ihm nach der Mairevolution dieses Jahres die Lösung der schwierigsten Aufgabe anvertraut, an der de Gaulles Regime im Früh-

jahr beinahe gescheitert war: Die Hochschulreform.

Ein Meisterwerk

Falls sie ihm nicht nur im Parlament, sondern auch in Land und Volk gelingt, wird Edgar Faure zu einer überragenden Persönlichkeit der französischen Politik. Jetzt bereits hat er einen denkwürdigen Markstein gesetzt: Die erstmalige Einstimmigkeit der Nationalversammlung in einer wichtigen politischen Entscheidung nach echter Debatte.

Die gaullistischen Abgeordneten hatten Faures Reform wochenlang schärfstens bekämpft und verunglimpft; schließlich stimmten sie doch dafür, (mit Ausnahme einiger Unentwegter). Die demokratischen Links- und Mittelparteien stimmten für das Projekt, für dessen Grundsätze sie sich seit langem einsetzen.

Mit anderen Worten; es gelang dem linksgaullistisch-radikalen Politiker, zuerst den General-Präsidenten von der Dringlichkeit radikaler Reformen zu überzeugen, dann eine reaktionäre gaullistische Masse unter Druck zu setzen und schließlich mit der demokratischen Linksoption zu paktieren. Ein politisch-psychologisches Meisterwerk!

Der merkwürdige Widerspruch - Gaullisten "gegen" und Linksoption "für" Edgar Faures Hochschulreform - führt jetzt bereits zu neuen Konstellationen. Eine neue Annäherung zwischen Mitterrand, Mendes-France und Edgar Faure - ehemalige Parteifreunde der Radikalen - zeichnet sich ab.

Niemand glaubt, daß das gaullistische Konglomerat "nach" de Gaulle eine Stunde lang weiter bestehen kann. Der rapide Zerfall ist gewiß. Die Gegensätze zwischen Links-, Mittel- und Rechtsgaullisten verschiedener Couleur sind zu groß. Nur die ungewöhnliche moralische Autorität des Generals hält diese verschiedenen Parteien notdürftig zusammen. Die große Frage ist, welche Persönlichkeiten "nach" de Gaulle das Gros der gaullistischen Gefolgschaft beeinflussen könnten: Konservative oder Linksliberale? In diesem Rennen sind Edgar Faures Chancen in den letzten Wochen unerhört gewachsen.

Verschiebungen

Sein wichtigster Verbündeter ist der Mai-Aufstand dieses Jahres. Die Studentenrevolution, die in Frankreich ganz andere Formen und Folgen hatte als in anderen Ländern, stellt alles in neues Licht. De Gaulle selbst hat dem durch einen Regierungs- und Stilwechsel Rechnung getragen. Männer, die wie Pompidou vormals als liberal galten, erscheinen jetzt als Konservative. Andererseits sind Konservative wie Giscard d'Estaing, die im "Vormai" im Vordergrund standen, in den Schatten geschoben. Schließlich rücken Persönlichkeiten wie Edgar Faure, die vorher innenpolitisch keine große Rolle spielten, nach vorne.